

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Roth MdB, Mitglied des SPD-Vorstandes, beschäftigt sich mit den Ausfällen von Strauß und Stoiber gegen die Sozialdemokraten: Warum schweigt die Presse?

Seite 1

Klaus von Dohnanyi MdB, Staatsminister im auswärtigen Amt und rheinland-pfälzischer SPD-Vorsitzender, zum 50. Todestag von Gustav Stresemann: Schmerzvoll und vorbildlich.

Seite 2-4

Walter Edenhofer, Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen (AfA) beim SPD-Vorstand, erläutert den neuen Entwurf für ein DGB-Grundsatzprogramm.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 812-1

34. Jahrgang / 190

3. Oktober 1979

Warum schweigt die Presse ?

Von Wolfgang Roth MdB
Mitglied des SPD-Vorstandes

Vor einigen Wochen gebrauchte Henning Scherf in der Auseinandersetzung mit Strauß eine wenig glückliche Formulierung. Er entschuldigte sich dafür. Trotzdem ging tagelang eine ungeheure Erregung durch die Presse. Da wurden Kommentare mit heißer Feder geschrieben, es mit großem Ernst gemahnt. Das ist in Ordnung. Die Presse hat ihre kritische Funktion erfüllt.

Seit einigen Wochen sind Herr Strauß und Herr Stoiber auf einem verleumderischen Horrorkurs gegen die Sozialdemokratie und vor allem gegen Willy Brandt. Die Reaktion der kritischen Tugendwächter, die bei Scherf, der Harmloseres gesagt hatte, sich so sehr bewährt hatten, bleibt weitgehend aus.

Es ist schon widerlich an all jene Verunglimpfungen noch einmal zu denken, die da produziert wurden. Warum gab und gibt es keinen Aufschrei, als Strauß und Stoiber den ungeheuerlichen Versuch machen, den demokratischen Sozialismus, als Bewegung eines der Hauptopfer des Nationalsozialismus, ideologisch mit den Nazis in Verbindung zu bringen?

Wo bleiben unsere liberalen Wächter der Demokratie, als Stoiber Willy Brandt als "Skandalnudel" verleumdet, der "zum Psychiater" müsse?

Wo sind unsere empfindsamen Mahner für die Gemeinsamkeit der Demokraten, wenn Strauß Willy Brandt einen "gelegentlichen Berufsrevolutionär" nennt?

Diese Liste können wir aus der 14 Tage-Produktion der beiden Herren beliebig verlängern. Beängstigend ist die Reaktion des reaktionären Sumpfes. Im Erich-Ollenhauer-Haus kommen Drohbriefe zuhauf, die auf jene Injurien zurückgreifen.

Für die Rechte war die SPD schon einmal der Spucknapf der Nation. Die Verleumdungen gegen Willy Brandt haben viel gemeinsam mit jenen, denen Friedrich Ebert ausgesetzt waren. Geschwiegen haben auch damals viele. Den wenigen in der liberalen Presse, die dagegen anschreiben, sollten wir dankbar sein.

(-/3.10.1979/v0-he/ca)



Schmerzvoll und vorbildlich

Zum 50. Todestag von Gustav Stresemann

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt

Gustav Stresemann, Träger des Friedensnobelpreises 1926, starb am 3. Oktober 1929 als europäischer Staatsmann. Er war als solcher nicht angetreten. Sein Weg vom Nationalisten zum Politiker der Verständigung war lang, schmerzvoll - und vorbildlich.

Gedenktage für die großen Männer und Frauen unserer Geschichte werden oft mißbraucht. Geschichtliche Figuren werden aus den Konflikten ihrer Zeit herausgenommen, verklärt oder einseitig beansprucht. Geschichte aber ist kein Buch der Erbauung, sondern schwieriger Lehrstoff für die Nachgeborenen.

Als Gustav Stresemann, kaum 51 Jahre alt, 1929 starb, hatte er sich im Kampf mit denjenigen politischen Kräften erschöpft, die bis 1918 seine politischen Weggefährten gewesen waren.

Die Stationen sollen mit wenigen Worten in Erinnerung gebracht werden: Seit 1903 Mitglied der Nationalliberalen Partei, wurde er später auch Mitglied des Alldeutschen Vereins. Seine politischen Vorstellungen - wenn auch nach innen auf eine Stärkung des Parlaments und auf sozialen Ausgleich gerichtet - waren außenpolitisch bis 1918 nationalistisch und expansionistisch. Bei der Formulierung der Kriegsziele für das Kaiserreich forderte Stresemann als Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen und als zweiter Vorsitzender des "Bundes der Industriellen" am 8. Dezember 1914 in einer Begegnung mit Reichskanzler Bethmann-Hollweg nicht nur wie der Alldeutsche Verein die Annexion des flämischen Teils Belgiens, des Erzbeckens von Longwy-Briey oder von Belfort, sondern auch weitgehende Annexionen im Osten. Stresemann gehörte also damals, wie man sagte, zu den Annexionisten. Er vertrat damit kompromißlos eine Position der deutschen Rechten, die seit der unseligen Annexion Elsaß-Lothringens im Jahre 1871 Gegenstand vehementer, aber leider auch vergeblicher Warnung und Kritik von Seiten der Sozialdemokraten war.

Die Nationalliberalen, deren führender Kopf Stresemann während des ersten Weltkrieges war, bezeichneten sich 1915 selbst als die "Partei der Reichsausdehnung", nachdem sie bisher die "Partei der Reichserhaltung und Reichsgründung" gewesen waren: (Jahresbericht der Nationalliberalen Partei für das Jahr 1915).

Stresemann trat 1917 für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ein und lehnte im Juli 1917 die Friedensnote ab; er stand auf der Seite derjenigen, die Siegfrieden und Verzichtsfrieden polemisch gegeneinander stellten. Noch im Juni 1918 antwortete er auf eine Rede des Staatssekretärs von Kühlmann, der vorsichtig auf die "Grenzen, die uns die Geschichte gegeben hat" bezug nahm: "Nie hatten wir weniger Anlaß, an dem deutschen Sieg zu zweifeln, als jetzt. Wenn ein Sieg errungen ist, müssen wir ihn so benutzen, um die nötigen realen Sicherungen zu erreichen." Ein Annexionist also bis zum bitteren Ende.

Rückwirkend hat die deutsche Rechte durch Vorkriegspolitik und durch diese unrealistischen Kriegsziele Deutschland und Europa schweren Schaden zugefügt. Stresemann trug hier eine erhebliche Verantwortung.



Die Größe des Mannes bewies sich jedoch, als er nach 1918 nicht den ihm vielleicht vorgezeichneten Weg der sogenannten nationalen Opposition teilen mochte. Seine Losungen hießen nun: Mitverantwortung, Gewaltverzicht, Verständigungspolitik, Völkerbund. Für die rechte Opposition war er Verzichtspolitiker, war seine Politik Ausverkauf deutscher Interessen, nationaler Verrat. Wer die Geschichte nicht als Wahlfach zur Erbauung, sondern als Lern- und Pflichtfach versteht, kann die Parallelen der Behandlung von Gustav Stresemanns Locarno-Politik und Willy Brandts Ostpolitik nicht übersehen.

Wer die ostpolitische Debatte der letzten Jahre erinnert, der muß die Reichstagsprotokolle zur Locarno-Debatte 1925/26 mit Beklemmung lesen. Stresemanns Versuch einer Aussöhnung mit Frankreich durch eine Politik des Gewaltverzichts wurde von den Konservativen als eine "Politik des Ausverkaufs und des leichtfertigen Verzichts ohne entsprechende Gegenleistung verworfen". "Die deutsch-nationale Reichstagsfraktion", so heißt es in dieser Debatte, "vermag in dem Ergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht die Erfüllung der Forderungen zu sehen, die den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes gerecht werden. Die Fraktion vermißt außerdem die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Vertragsabschluß sowie die Gegenleistungen der anderen beteiligten Mächte, die den Deutschland angemessenen Opfern entsprechen. Angesichts dieser Ergebnisse erklärt die Fraktion schon jetzt, daß sie keinem Vertrag zustimmen wird, der den deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gerecht wird und insbesondere einen Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht ausschließt." Man bezog sich damals, wie in der Debatte zum Beispiel um die Polenverträge in unseren Tagen, auf die angeblich unterschiedliche Interpretation des Vertragstextes, nur war damals der Vertragspartner der Westen, Frankreich und kein osteuropäisches Land. Graf Westarp sagte für die Deutsche Nationale Volkspartei am 26. November 1925 im Deutschen Reichstag über die Locarno-Verträge: "Die Handlungsfreiheit Deutschlands scheint uns nicht gesichert, die Gefahr einer Frontveränderung, einer verhängnisvollen Abkehr vom Osten nach dem Westen nicht ausgeschlossen, Abrüstung der in Waffen starrenden Welt, in welcher das wehrlose Deutschland in Wahrheit kein gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes sein würde, nicht gewährleistet... Wir wollen dem deutschen Volke nicht durch eine vorgetäuschte Sicherheit, die im Ernstfall nicht standhalten wird, die eigene Kraft des Willens nehmen lassen."

Die Sätze, die dann Graf Reventlow, Reichstagsabgeordneter der NSDAP, der Locarno-Politik 1928 nachschleuderte, bleiben unvergessen - denn auch für sie gibt es eine Kontinuität: "Wir haben in den Locarno-Verträgen nur gegeben und immer gegeben, und wir haben den Geist von Locarno bekommen."

Und Heinrich Bauer, selber deutlich rechts stehend, beschreibt in seiner Stresemann-Biographie aus dem Jahre 1930 unter vielen anderen vergleichbaren Ereignissen über Stresemanns Arbeit im Völkerbund 1927:

"Im März 1927 kämpfte er als Vorsitzender der Genfer Ratstagung zäh und unerbittlich für die Rechte der deutschen Minderheiten in Oberschlesien auf Errichtung eigener



Schulen und für die Befreiung des Saargebietes mit seinen 800.000 Deutschen. Es kam zu dem Beschluß, daß die französischen Truppen das rein deutsche, wegen seiner ungeheuren Bodenschätze von Frankreich begehrte Saargebiet innerhalb von drei Monaten zu verlassen hatten und daß nur ein Bahnschutz von 800 Mann zurückbleiben sollte.

Als Stresemann von diesem schweren Kampf, in dem das Menschenmögliche erreicht war, zurückkehrte, warf ein Teil der Rechtspresse ihm wie gewöhnlich Rückgratlosigkeit, ein anderer dagegen das Überschreiten seiner Machtvollkommenheit vor. Die "Deutsche Zeitung" forderte seinen schleunigen Rücktritt und wagte die unerhörte Behauptung, er habe auch nicht in einem Punkte den Versuch gemacht, Deutschlands Rechte ernsthaft und willensstark zu vertreten.

Für einen Deutschen beschämend ist es zu sehen, wie gleichzeitig die ausländische Presse feststellt, mit welcher Tatkraft und Unerschrockenheit der deutsche Außenminister die Sache seines Landes vertreten habe, wenn eine Zeitung wie die "Basler Nachrichten" schreibt: "Herr Stresemann, der in seiner Doppelstellung als Präsident und als Kämpfer die gewaltigste Arbeitslast zu tragen hatte, reist nach Hause und wird dort übungsgemäß wie ein nichtsnutziger Schulbube ausgezankt werden".

Die Geltung der deutschen Friedenspolitik seit 1969 ist ebenfalls im Ausland weit größer als bei der deutschen Rechten.

Für die Bundesregierung ist der 50. Todestag von Gustav Stresemann Anlaß, eines großen Mannes zu gedenken, der die Umkehr vom Nationalisten zum Europäer gewagt und bestanden hat.

Europa wächst heute im Westen zusammen. Stresemann, Briand und anderen wird hier ein später Erfolg beschieden, ein Erfolg, der ohne die deutsche Rechte vielleicht schon in den 30er Jahren möglich gewesen wäre.

Aber Europas Grenzen liegen nicht an der Elbe. Stresemanns Politik heute fortzusetzen, heißt Gewaltverzicht und Verständigung im Rahmen realistischer Möglichkeiten auch mit der Sowjetunion und Osteuropa voranzutreiben.

Dieser Tag ist deswegen für die Bundesregierung auch Anlaß, mit Selbstbewußtsein den unverminderten Anfechtungen von Bundestagsopposition und Bayernkurier entgegenzutreten, wenn es um die Fortführung der Entspannungspolitik geht.

Gustav Stresemann ist hierin - in Mut, Zähigkeit und Selbstbewußtsein für eine Politik des Friedens Vorbild und Maßstab für uns alle. (-/3.10.1979/ks/ca)

+ + +



Unentbehrliche Kraft für sozialen und demokratischen Fortschritt

Zum Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Von Walter Edenhofer

Leiter des Referats für Arbeitnehmerfragen (AFA) beim SPD-Vorstand

In der Sitzung am 2. Oktober hat der Bundesvorstand des DGB den Entwurf eines neuen Grundsatzprogrammes für den deutschen Gewerkschaftsbund verabschiedet. Der Entwurf wird jetzt den Gliederungen und Einzelgewerkschaften des DGB zur Diskussion zugeleitet. Auf dem außerordentlichen Bundeskongress im April 1981 soll das neue Grundsatzprogramm beschlossen werden. Es tritt dann an die Stelle des Grundsatzprogrammes vom 21./22. November 1963.

Der DGB hat darauf verzichtet, ein völlig neues Grundsatzprogramm zu entwickeln. Der Entwurf lehnt sich stark an das geltende Grundsatzprogramm an. Er wird nur in solchen Teilen abgeändert, die durch die Entwicklung überholt sind. In Aufbau, Form und Wortlaut entspricht der Entwurf weitgehend dem gültigen Programm, setzt aber deutlich veränderte Akzente und ergänzt dieses um neue Bereiche, wie Humanisierung der Arbeit und Umweltschutz.

Die Grundlage und Bedingungen für die Gewerkschaften werden in dem Entwurf umfassender als bisher dargestellt. Die Präambel umreißt die politische Position, Tradition und Selbstverständnis des DGB. Der Entwurf enthält dazu eine Reihe von Feststellungen, die über das gültige Programm hinausgehen: Die Bedeutung der Gewerkschaften als Integrationsfaktor der Demokratie und als unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft wird stärker als bisher hervorgehoben. Während es jetzt im Programm heißt: "Freie und unabhängige Gewerkschaften können nur in der Demokratie bestehen und wirken", heißt es in dem Entwurf: "Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder wahrhaft demokratischen Gesellschaft." Jeder Angriff auf die Autonomie der Gewerkschaften und ihre Handlungsfreiheit sei zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie.

In der Präambel wird besonders auf das Grundgesetz Bezug genommen. Der DGB stützt sich stärker als bisher auf das Grundgesetz mit seinen Grundrechten sowie auf das in der Verfassung enthaltene Gebot von Sozialstaatlichkeit und Demokratie. Neu ist die Feststellung, daß das Grundgesetz keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung trifft. Das Sozialstaatsgebot fordere aber eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Wie bisher wird es als die Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet, am Aufbau des sozialen Rechtsstaats und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuarbeiten und den Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer fortzusetzen. Obwohl schon bisher das Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie unumstritten war, wird in der Präambel jetzt ausdrücklich festgestellt: "Die Gewerkschaften bekennen sich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem." Aus der starken Bindung an das Grundgesetz ergibt sich, daß sich die Gewerkschaften gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen mit Entschiedenheit zur Wehr setzen und alle Versuche bekämpfen, die im Grundgesetz verankerten Grundrechte einzuschränken oder aufzuheben. Es heißt dazu: "Dabei stützen sie sich - falls erforderlich - auf das Widerstandsrecht der Verfassung."

Noch schärfer als bisher grenzt sich der DGB von radikalen Positionen und Ideologien ab, mit der Feststellung: "Die Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem den freiheit-



lich-sozialistischen und christlich-sozialen Richtungen in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Weltanschauliche und politische Ideologien, die die Gewerkschaften für ihre Zwecke mißbrauchen wollen, sind mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft unvereinbar."

Wie in dem geltenden Programm wird das Recht der Arbeitnehmer unterstrichen, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Die freie Betätigung der Gewerkschaften im Rahmen ihrer Selbstbestimmungsaufgaben sei ein uneinschränkbarer Bestandteil der freiheitlich demokratischen Grundordnung. Neu aufgenommen wird das Verbot der Aussperrung: "Die Aussperrung als Willkürinstrument der Arbeitgeber ist in jeder Form verfassungswidrig und muß verboten werden. Die Aussperrung wird von den Gewerkschaften als Angriff auf ihre Betätigungsmöglichkeiten und ihren Bestand solidarisch bekämpft."

Die Verpflichtung des DGB, für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frauen zu kämpfen, seine Hilfe gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern bei der Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen sowie die Bedeutung der inneren Sicherheit als eine wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von Chancengleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit, werden neu in die Präambel aufgenommen.

Wirtschaftspolitisch nimmt die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch eine qualitätsorientierte Wachstumspolitik einen breiten Raum ein. Zusätzlich wird die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts verlangt. Die Gewerkschaften bekennen sich unverändert zur technischen Entwicklung als einen ausschlaggebenden Faktor für die Hebung des allgemeinen Lebensstandards und die Erleichterung der menschlichen Arbeit. Technische Neuerungen dürften aber nicht zu sozialen Härten führen. Sie müßten in den Dienst der Sicherung der Beschäftigten und der Humanisierung der Arbeit gestellt werden.

Unverändert bleibt in dem Grundsatzprogramm die Forderung um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Sie müsse bei allen wirtschaftlichen, sozialen und personellen Entscheidungen gesichert sein und in privaten, öffentlichen und gemeinwirtschaftlichen Bereichen gelten. Gefordert wird der Ausbau des betrieblichen Mitbestimmungsrechts sowie die paritätische Besetzung der Aufsichtsräte bei allen Großunternehmen. Auch die Forderung der überbetrieblichen Mitbestimmung durch Organe,



die paritätisch mit Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber besetzt sind, bleibt für den DGB auf der Tagesordnung.

Eine besondere Bedeutung kommt dem neuen Abschnitt "Humanisierung der Arbeit" zu. Die Gewerkschaften beschränken sich damit nicht mehr auf den Schutz der Arbeitnehmer vor Gesundheits- und Unfallgefahren, sondern ziehen die Konsequenzen aus der technischen Entwicklung, Rationalisierung und Automation. Technische und organisatorische Neuerungen dürften erst dann durchgeführt werden, wenn die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt und unzumutbare soziale Folgen ausgeschlossen sind. Nacht- und Schichtarbeit sei auf das unabdingbare Maß zu beschränken und so zu gestalten, daß die betroffenen Arbeitnehmer am gesellschaftlichen und politischen Leben teilnehmen können. Die Verwirklichung der Ziele der Humanisierungspolitik wird als eine wichtige Aufgabe der Tarifpolitik der Gewerkschaften bezeichnet. Unverändert wird die Erhaltung des Friedens als Grundlage für den sozialen und kulturellen Fortschritt und die soziale Sicherheit in allen Teilen der Welt bezeichnet. Die Gewerkschaften bekennen sich uneingeschränkt zur Selbstbestimmung der Völker und fordern die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung auch für das deutsche Volk.

Neu in das Programm wird auch der Abschnitt "Umweltschutz". Die Gewerkschaften ziehen damit die Konsequenzen aus der zunehmenden Umweltgefährdung und kämpfen für die Gestaltung einer gesunden Arbeits- und Wohnumwelt sowie für den Schutz der natürlichen Umwelt. Es sei eine wesentliche Aufgabe des Staates, die Verschmutzung und Zerstörung der menschlichen Umwelt aufzuhalten und rückgängig zu machen. Die Wiederherstellung und Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts und der sparsame Umgang mit den natürlichen Rohstoffen müsse in den volkswirtschaftlichen Zielkatalog aufgenommen werden.

Die Verabschiedung des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm stellt ein wichtiges Ereignis in der Geschichte des Deutschen Gewerkschaftsbundes dar. Der DGB bestätigt mit diesem Programmentwurf seine grundsätzliche Position zu Staat, Gesellschaft und Wirtschaft und ergänzt sie in wesentlichen Bereichen. Der Entwurf gibt Zeugnis von dem zähen und unbeirraren Kampf der Gewerkschaften um die politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Für die soziale und demokratische Weiterentwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft, für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und Fortsetzung der Friedenspolitik leistet der DGB mit diesem Programm einen bedeutenden Beitrag, der Aufmerksamkeit und Anerkennung verdient. (-/3.10.1979/va-he/ca)

